



Der Zervreila-Staudamm in der Nähe von Vals, Teil eines Schweizer Wasserkraftwerks.

Wasserkraft stark überschätzt

Bundesamt für Energie revidiert Prognosen zum Atomausstieg

Das Bundesamt für Energie sieht heute bei der Wasserkraft nur noch halb so viel Potenzial wie vor einem Jahr. Das Amt hat Widerstände unterschätzt.

Sarah Nowotny

Soll der Atomausstieg gelingen, muss in der Schweiz auch deutlich mehr Strom aus Wasserkraft fliessen. Doch heute hält das Bundesamt für Energie (BFE) den Beitrag, den die Wasserkraft bis 2050 zur Stromversorgung leisten kann, nur noch für halb so gross wie vor einem Jahr. Dies geht aus vertraulichen Papieren hervor, welche das BFE am Dienstag im kleinen Kreis präsentiert hat. Eingeladen waren nur Mitglieder der Arbeitsgruppen, welche für das Amt die Arbeiten am Atomausstieg begleiten. Noch im Mai 2011 hiess es seitens des BFE, Wasserstrom könne ein Viertel der Produktionslücke füllen, die das Abschalten der Schweizer Atomkraftwerke hinterlassen wird.

Fehlender politischer Wille

Etwa 6 Terawattstunden Strom hätten es pro Jahr im besten Fall werden sollen. Jetzt allerdings geht das BFE in seinen optimistischsten Schätzungen gerade einmal von der Hälfte, nämlich von 3,2 Terawattstunden, aus. Mit 3 Terawattstunden Strom können etwa

750 000 Haushalte ein Jahr lang versorgt werden.

Das Amt begründet die Neubeurteilung mit den Ergebnissen einer «umfassenden Potenzialstudie», die es im April veröffentlichen will. In ihrem Rahmen wurden laut den am Dienstag präsentierten Dokumenten Umfragen bei den Kantonen und Kraftwerkbetreibern durchgeführt. Gestützt darauf kommt das BFE zum Schluss, der Ausbau der Wasserkraft polarisiere stark. Hemmnisse seien etwa die «starke Gewichtung von Schutzinteressen», der «Ausschluss von Projekten in Schutzgebieten», die «A-priori-Negierung eines nationalen Interesses», aber auch «mangelnder politischer Wille» und die «mangelnde Koordination des Bundes». Zudem seien viele Ausbauterhaben unter den heutigen Rahmenbedingungen nicht wirtschaftlich.

Aus all diesen Gründen schätzt das Amt das Potenzial der Wasserkraft in einem pessimistischeren Weiterwiebisher-Szenario auf 1,5 Terawattstunden pro Jahr. Unter «optimierten Nutzungsbedingungen» seien dagegen die erwähnten 3,2 Terawattstunden möglich. Optimierte heisst für das BFE: unter verbesserten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, aber ohne Aufweichung der Schutzgesetze. Umweltschutzverbände halten indes selbst das tiefere Potenzial für zu hoch gegriffen. Beim BFE

war für Fragen niemand erreichbar. Das Amt gibt sich laut Eingeweihten im Moment zurückhaltend in Sachen Kommunikation. Dem Vernehmen nach hatten die Teilnehmer der Informationsveranstaltung am Dienstag erwartet, die überarbeiteten Analysen zu den Auswirkungen des Atomausstiegs insgesamt präsentiert zu bekommen. Offenbar gibt es aber Verzögerungen, so dass die BFE-Vertreter neben der Wasserkraft vor allem über den Ausbau der Stromnetze referierten.

Engpässe im Winter 2034

Dieser ist nicht zuletzt wegen der Förderung erneuerbarer Energien wichtig. Wird nämlich vermehrt unregelmässig anfallender Strom aus Wind- und Sonnenenergie produziert, muss laut BFE vor allem das Verteilnetz massiv ausgebaut werden – also die Leitungen, die den Strom bis in die Haushalte bringen. Die Kosten für das Netz dürften dadurch jährlich um 20 bis 25 Prozent steigen. Ab Sommerhalbjahr 2050 verpuffen mangels geeigneter Speichermöglichkeiten zudem zwei bis zehn Prozent der jährlichen Solarstromproduktion. Engpass-Halbjahr dürfte laut BFE der Winter 2034 sein, wenn das letzte AKW vom Netz geht. Dann müssten acht oder neun Gigawattstunden Strom importiert oder durch Gaskraftwerke produziert werden – was etwa deren vier nötig machen würde.